



## Sie gehören zu uns!

### Aufruf wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes

Alle Deutschen dürfen mit der Vollendung des 18. Lebensjahrs wählen – und manche werden zu einer Wahl gezwungen: Sie sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Sie leben als Deutsche in Deutschland. Doch im Unterschied zu ihren gleichaltrigen Landsleuten müssen sie sich für oder gegen die Staatsangehörigkeit ihres Landes entscheiden: Zehntausende junge Erwachsene fallen in den kommenden Jahren unter den Optionszwang des deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes. Sie sind Deutsche auf Abruf – bis zum Widerruf.

Der Grund für diese unbefriedigende Situation ist der Optionszwang, der gemeinsam mit der Einführung des Geburtsortsrechtes vor zehn Jahren in das neue Staatsangehörigkeitsrecht aufgenommen wurde. Kernpunkt dieser Reform war, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, wenn ein Elternteil ein Daueraufenthaltsrecht besitzt („*ius soli*“ oder auch „Geburtsortsrecht“). Seither erhalten über 40.000 Kinder jährlich neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern von Geburt an auch die deutsche Staatsbürgerschaft.

Das Geburtsortsrecht verhilft dem urdemokratischen Anliegen einer weitgehenden Kongruenz zwischen Staatsvolk und dauerhaft ansässiger Bevölkerung zur Durchsetzung. Allein über die Einbürgerung wird dieses Ziel in der Praxis nicht zu erreichen sein.

Im politischen Ringen um eine Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechtes wurde im Jahr 2000 der Optionszwang eingeführt: Kinder ausländischer Eltern sollten zwar nach dem Geburtsortsrecht die deutsche und die elterliche Staatsan-

gehörigkeit erhalten, sich aber mit Volljährigkeit für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Das wichtige Geburtsortsrecht wurde damit eingeführt, der endgültige Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wurde jedoch unter den Vorbehalt einer späteren Entscheidung gestellt.

In den kommenden Jahren werden Tausende, ab 2018 Zehntausende von jungen Menschen, die in Deutschland geboren, als Deutsche aufgewachsen sind und hier arbeiten, wählen und leben, von Amts wegen aufgefordert, sich für eine ihrer Staatsangehörigkeiten zu entscheiden. Die jungen Menschen empfinden diesen Vorgang nicht nur als Infragestellung ihrer Staatsangehörigkeit, sondern letztlich auch ihrer Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft.

Der bürokratische Aufwand ist enorm, komplizierte Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren sind vorprogrammiert und das integrationspolitische Signal ist fatal: Ihr gehört nicht ganz, nicht auf Dauer und nicht so wie andere dazu, ihr seid Deutsche auf Abruf. Wir wollen und dürfen aber diese jungen Menschen mit ihren zahlreichen Talenten nicht verlieren. Weil sie zu uns gehören. Und wir zu ihnen.

Ein schneller Verzicht auf den Optionszwang würde eine ungerechte Behandlung dieser Jugendlichen beenden und ein negatives integrationspolitisches Signal verhindern. Sie sollten ebenso wie jene Jugendlichen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die einen deutschen Elternteil haben, beide Staatsangehörigkeiten dauerhaft behalten können. Deshalb muss die Optionspflicht abgeschafft werden – und das Geburtsortsrecht bleiben.



## Unterzeichner

### **Prof. Dr. Klaus J. Bade**

Migrationsforscher  
Universität Osnabrück/Berlin

### **Marieluise Beck, MdB**

ehemalige Integrationsbeauftragte  
der Bundesregierung

### **Prof. Dr. Michael Bommes**

Universität Osnabrück

### **Rainer Brücker**

Vorsitzender des Bundesvorstandes  
der Arbeiterwohlfahrt

### **Annelie Buntenbach**

Mitglied des geschäftsführenden  
DGB-Bundesvorstandes

### **Alfred Buß**

Präses der Evangelischen Kirche von  
Westfalen, Vorsitzender der Kommission  
für Migration und Integration der  
Evangelischen Kirche in Deutschland

### **Ulrich Freese**

Stellvertretender Vorsitzender der Industrie-  
gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie

### **Dr. h.c. Liselotte Funcke**

ehemalige Ausländerbeauftragte  
der Bundesregierung

### **Prof. Dr. Georg Hansen**

FernUniversität Hagen

### **Dr. Navid Kermani**

Freier Schriftsteller und Publizist

### **Kenan Kolat**

Vorsitzender der Türkischen  
Gemeinde in Deutschland

### **Klaus-Dieter Kottnik**

Präsident des Diakonischen Werkes der EKD

### **Thomas Krüger**

Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes

### **Heidi Merk**

Vorsitzende des Paritätischen  
Gesamtverbandes

### **Dr. Jürgen Micksch**

Vorsitzender Interkultureller Rat in Deutschland

### **Bettina Müller-Sidibé**

Bundvorsitzende des Verbandes  
binationaler Familien und Partnerschaften, iaf

### **Prälat Dr. Peter Neher**

Präsident des Deutschen Caritasverbandes

### **Prof. Dr. Ursula Neumann**

Universität Hamburg

### **Prof. Dr. Dieter Oberndörfer**

Vorstandsvorsitzender des Arnold Bergstraesser-  
Instituts an der Universität Freiburg

### **Cornelia Schmalz-Jacobsen**

ehemalige Ausländerbeauftragte  
der Bundesregierung

### **Prof. Dr. Axel Schulte**

Universität Hannover

### **Bertold Sommer**

Bundesverfassungsrichter a.D.

### **Prof. Dr. Rita Süßmuth**

Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D.

### **Dr. Hans-Jochen Vogel**

Bundesminister der Justiz a.D.

### **Weihbischof Dr. Josef Voß (Münster)**

Vorsitzender der Migrationskommission (XIV)  
der Deutschen Bischofskonferenz

### **Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein**

Universität Bielefeld

### **Dr. Gualtiero Zambonini**

Bbeauftragter für Integration und kulturelle  
Vielfalt, Westdeutscher Rundfunk

#### **Kontakt und weitere Informationen:**

Wider den Optionszwang | c/o Interkultureller Rat in Deutschland e.V. | Goebelstr. 21 | 64293 Darmstadt